

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 73 (1998)
Heft: 3

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den Ländern vermitteln neue Werte und Freundschaften. Sofern Sie sich angesprochen fühlen, würde es uns freuen, Sie als Lourdes-Pilger begrüßen zu dürfen. Teilnahmeberechtigt in Uniform sind alle Angehörigen der Armee und aus der Wehrpflicht Entlassene. Begleitpersonen können in Zivil dabei sein. Für die Unterkunft in Lourdes stehen ein gut eingerichtetes Zeltlager und Hotels zur Verfügung.

Anmeldung

Ich bin an der Teilnahme interessiert

Reise

- Bahn, Schlafwagen (2 Bett)
- Bahn Liegewagen
- Flug ab Kloten
- Billettkarte (Fr. 30.-)

Unterkunft

- Zelt-Militärlager
 - Hotel 1er-Zimmer
 - Hotel 2er-Zimmer
 - Hotel 3er-Zimmer
- Im Zimmer mit:

Militärperson

Grad, Name und Vorname:

Ich nehme teil in Uniform
 in Zivil

Geburtsdatum:

Angehörige

Name und Vorname:

PLZ: Ort:

Strasse:

Geburtsdatum:

Telefon P:

Telefon G:

AUS DER LUFT GEGRIFFEN

Argentinien • Die Luftwaffe hat die ersten von 36 bestellten Douglas A-4 (AR) Skyhawk übernommen. Die ersten von acht bestellten Lockheed P-3B Orion aus Beständen der USN wurden von der argentinischen Flotte akzeptiert. • **Australien** • Die australische Luftwaffe hat drei ehemals eingemottete Lockheed P-3B Orion der USN übernommen als Trainingsflugzeuge für Besatzungen von operationellen U-Boot-Such- und -Jagdflugzeugen P-3C Orion. Die General Dynamics F-111-Aardvark sollen fortwährend modernisiert werden und bis im Jahr 2020 im Dienst bleiben. Raytheon-E-Systems, Lockheed Martin und Boeing bewerben sich um einen Auftrag im Rahmen der Ausschreibung «Wegetail». Dabei geht es um die Beschaffung von vier bis sechs AWACS, welche aber leistungsfähiger sein sollen als die Grumman E-2 Hawkeye und billiger als die Boeing E-3 Sentry; die Flugzeuge sollen in den Jahren 2002 bis 2004 abgeliefert werden. • **Deutschland** • Die letzten vier Alpha-Jets der Bundesluftwaffe (WTD 61 in Ingolstadt/Manching) wurden ausser Dienst gestellt. • **Griechenland** • Die amerikanische Regierung hat der Firma Boeing die Bewilligung erteilt, die hochmoderne Boeing F-15E Strike Eagle der griechischen Regierung zum Kauf anzubieten. Russland bewirbt sich mit der Suchoi Flanker ebenfalls um diesen Auftrag. • **Honduras** • Eventuell sollen alle elf 1997 stillgelegten Dassault Super Mistère B2 wieder flugbereit gemacht werden. Die ersten beiden mit israelischer Hilfe moder-

nisierten Flugzeuge wurden kürzlich der honduranischen Luftwaffe übergeben. • **International** • Das Eurofighter-Konsortium, bestehend aus British Aerospace, DASA (Westdeutschland), CASA (Spanien) und Alenia (Italien) plant gegenwärtig den Bau von 620 Eurofighter (232 für die RAF, 180 für die Bundesluftwaffe, 121 für die italienische Luftwaffe und 87 für die spanische Luftwaffe). Es wird ein Ersatz für den Namen «Eurofighter» gesucht, erwogen wird unter anderem «Typhoon», «Taifun», «Tifon», «Tifone». Der russische und der französische Verteidigungsminister erörtern Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen des Transportflugzeug-Projektes FLA (Future Large Aircraft). Im Vordergrund stehen dabei Weiterentwicklungen der AN-70, eines Gemeinschaftsprojektes Russlands und der Ukraine. • **Israel** • Israel Aircraft Industries hat die Modernisierung von 19 Mikoyan & Gurewitsch MiG-21 (Fishbed zu «Lancer»), für die Luftwaffe Kambodschas beziehungsweise von 13 für die Luftwaffe Zambias abgeschlossen. • **Italien** • Auf dem Luftstützpunkt Pratica di Mare wurde die 9. Aerobrigata gebildet. Sie umfasst Flugzeuge folgender Typen: PD-808GE (elektronische Kriegführung), G-222RM und PD-808RM (Kalibration) und Boeing 707 (Luftbetankung). • **Jordanien** • Die ersten vier von 16 Lockheed Martin F-16-Fighting Falcon, welche eingemottet waren im AMARC (Aircraft Maintenance and Regeneration Center, Tucson, Arizona), wurden kürzlich an die jordanische Luftwaffe abgeliefert. • **Kroatien** • Israel Aircraft Industries und Elbit bewerben sich um einen Auftrag zur Modernisierung kroatischer MiG-21 Fishbed. • **Niederlande** • Die RAAF hat die letzten acht verbliebenen Fokker F.27-100 Friendships/F.27-300 Troopships an eine südafrikanische Luftfahrtgesellschaft verkauft. • **Panama** • Die Polizei Panamas erhielt aus taiwanesischen Beständen fünf Bell UH-1 Iroquois. • **Portugal** • Vier portugiesische F-16A/B von Monte Real wurden kürzlich im Rahmen der Balkan-Einsätze der NATO nach Aviano AB (USAFE) in Norditalien verlegt. • **Royal Air Force** • Die RAF erwägt gegenwärtig, ab dem Jahr 2015 ihre Flotte von gegenwärtig 80 Harrier GR.7 durch eine Version des U.S. Joint Strike Fighter (JSF) zu ersetzen. In Prüfung ist bezüglich Transportflugzeugen, die bestellt, aber noch nicht gelieferten Lockheed Martin C-130J Hercules II zu verkaufen, um das FLA (European Future Large Aircraft) ab dem Jahr 2005 zu beschaffen. Im Rahmen von Einsätzen der British Joint Rapid Deployment Force könnten als Interimslösung sechs C-17 Globemaster III geleast werden. • **Royal Navy** • Wegen erhöhter Spannungen um die UN-Inspektionsteams im Irak wurde der Flugzeugträger HMS Invincible in die Golf-Region verlegt. • **Russland** • Ein neugebildetes Anbieter-Team, bestehend aus Kamov und Israel Aircraft Industries, bewirbt sich mit dem (modifizierten) KA-52 um den türkischen Auftrag für die Lieferung von Kampfhubschraubern im Wert von 4 Milliarden Dollar. • **Spanien** • Das spanische Landwirtschafts- und Fischereiministerium hat vier CASA 212, welche mit Bendix-Suchradars ausgerüstet sind, für Aufgaben im Bereich des Fischereischutzes bestellt. • **Thailand** • Angehörige des Pentagons suchen zusammen mit der thailändischen Regierung Käufer für acht an die thailändische Luftwaffe gelieferte Boeing McDonnell Douglas F/A-18 Hornet. • **Türkei** • Ein Team von Singapore Aerospace Industries und Israel Aircraft Industries modernisiert 48 türkische Northrop F-5A/B Freedom Fighters, welche dann als Trainer für Lockheed Martin F-16 C/D Fighting Falcon eingesetzt werden sollen. • **USA** • Pro 100 000 Flugstunden ereigneten sich 1997 in den vier Teilstreitkräften der USA durchschnittlich 1,5 schwere Unfälle (Totalverlust, tödlich Verletzte, Invalide oder Sachschaden von über 1 Million Dollar). Die Unfallquote betrug bei der USAF 1,4, bei der USAR 1,3, bei der USN 1,4 und beim USMC 3,8 (letztere höhere Quote hauptsächlich wegen der Harrier II). 76 Flugzeuge gingen bei diesen Unfällen verloren (USAF 31, USAR 15, USN 15, USMC 15). • **US Air Force** • Gemäss einer renommierten Fachzeitschrift gibt die USAF nicht weniger als 38% ihrer «Hardware-Ausgaben» für geheime Flugzeugprojekte aus. Genannt werden im Bericht unter anderen Flugzeugen die «Aurora» (Mach 4,5 bis 6), möglicherweise ein Nachfolger des strategischen Aufklärungsflugzeuges Lockheed SR-71 Blackbird sowie das unbemannte Stealth-Auf-

klärungs-Fluggerät «Tier 3». Kürzlich wurde die 36. Boeing McDonnell Douglas C-17 Globemaster III an das Air Mobility Command abgeliefert. Northrop Grumman hat das 3. Produktionsexemplar E-8C Joint Stars an den 93rd Control Wing, Robbins, AFB, Georgia, abgeliefert. In Groom Lake AS, Nevada, ist auch die 4477th Test Squadron «Red hats» stationiert, welche unter anderem mit MiG-23 Flogger, MiG-29 Fulcrum und Suchoi SU-22 Fitter ausgerüstet ist. Allerdings erscheint weder der Flugplatz noch die genannte Staffel in der offiziellen OB der USAF. • **US Army** • Im Rahmen des Kampfhubschrauber-Programmes RAH-66 Comanche suchen die beiden beteiligten Firmen Sikorsky und Boeing internationale Partner, um die Kosten senken zu können. Das Programm läuft schon seit zehn Jahren; geplant ist die Produktion von 1022 RAH-66 für die USAF. • **US Navy** • Irak: Im Rahmen der verstärkten Präsenz amerikanischer Streitkräfte kreuzen gegenwärtig zwei Flugzeugträger-Kampfgruppen im Persischen Golf. Der gegenwärtig zum Bau vorbereitete Flugzeugträger CVN-77 dient möglicherweise als Versuchsschiff für die nächste Generation mit der Bezeichnung CVX, deren erstes Typschiff im Jahr 2013 verfügbar sein soll. • **Venezuela** • Die Armada Venezolano hat drei weitere Transporter CASA 212 bestellt, welche die schon vorhandenen elf CASA 212 früherer Modelle ergänzen sollen. • **Vereinigte Arabische Emirate** • Es wurden bei Dassault 30 Mirage 2000-9 bestellt, welche im Laufe der nächsten drei Jahre die jetzt im Dienst stehenden Mirage 5 ablösen sollen. Die jetzt schon im Dienst stehenden 33 Mirage 2000 sollen mit französischer Hilfe kampfwertgesteigert werden.

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

ISRAEL

Gemeinsame Marinemanöver Türkei–Israel–USA

Von Reuven Assor, Jerusalem.

In der ersten Januar-Woche des neuen Jahres fanden gemeinsame Marinemanöver von drei prowestlichen Staaten im östlichen Mittelmeer statt. Israel schickte zwei ihrer grössten Raketenboote vom Typ «Saar 5», die Türkei zwei grössere Raketenschiffe und die USA einen kleinen Zerstörer, «John Brown», von der Sechsten USA-Flotte. Der Befehlshaber der jordanischen Marine nahm am Manöver als Beobachter teil. Die Übung fand in Entfernung von 100 bis 150 km von der israelischen Küste im Raum südlich von Zypern und gegenüber der libanesischen Küste statt. An Bord eines der israelischen Boote befand sich der Befehlsstab des Manövers. Der erklärte Zweck der Übung war die symbolische Rettung von Mannschaften von zwei «gekennterten Schiffen». Die gemeinsame Rettungsaktion holte sechs Wachspuppen (Bezeichnung «Oskar») mit Hubschrauber an Bord der gemeinsamen Flottille. Der Verteidigungsminister Israels, General Itzhak Mordechai, landete per Hubschrauber an Bord des Schiffes des Befehlsstabes, um den Manövern kurz beizuwohnen. Er wandte sich in dort per Fernsehen an Syrien und Ägypten, in Zukunft an solchen gemeinsamen Übungen teilzunehmen. Für Beobachter war u. a. von Interesse, dass an Bord der türkischen Schiffe eine relativ grosse Anzahl weiblicher Soldaten teilnahm. Alle Beobachter berichteten über die kollegiale und herzliche persönliche Zusammenarbeit der drei Nationen.

Ägypten, Syrien, aber auch Iran und Irak, die keine Mittelmeer-Anrainer sind, legten heftigen Protest ein. Auch Zypern und Griechenland schienen von der neuen Zusammenarbeit betroffen. In den letzten Jahren kam es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Militärindustrien, der Marine und der Flugwaffe der Türkei und Israel.

Syrien, das seit vielen Jahren Ansprüche auf den türkischen Sandschak Alexandrette erhebt und das die antitürkische kurdische Irridentia unterstützt,

sieht ihre Mittelmeerküste durch eine türkisch-israelische gemeinsame Flotten-Allianz bedroht; es verurteilt schärfstens die Übung. Auch Ägypten, das zwar eine relativ grosse und moderne Flotte besitzt, fühlt sich von der engen Zusammenarbeit der zwei militärisch stärksten Staaten des Nahen Ostens betroffen. Syrien und Ägypten befürchten, dass dieses erste gemeinsame Manöver ihre eigene militärische Manöverfähigkeit im Ernstfall bedrohen bzw. empfindlich einschränken könnte.



ITALIEN

Armeereform in Italien

Die italienische Mitte-Links-Regierung unter Premier Romano Prodi will 1998 eine drastische Reform der Streitkräfte starten. Unter anderem sollen 30 000 Berufssoldaten abgebaut werden. Die Zahl der Berufssoldaten soll damit auf 160 000 gesenkt werden. Die Massnahmen sind Folgewirkungen des massiven Sparkurses der italienischen Regierung, um das Haushaltsdefizit für 1998 ins Lot zu bringen. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (21 000 Mrd Lire) werden in diesem Jahr für die Verteidigung zur Verfügung stehen. Vor zehn Jahren waren es noch 1,9 Prozent.

Das Verteidigungsministerium beabsichtigt unter anderem, die Zahl der Freiwilligen zu erhöhen und auch für Frauen freiwillig den Zugang zu den Streitkräften zu eröffnen. *-Rene-*



NATO

Neue Kommandostruktur der NATO

Am 2. Dezember 1997 hat der Ministerrat der Verteidigungsminister der Nordatlantischen Allianz bei seiner Tagung in Brüssel eine Entscheidung über die neue Kommandostruktur der NATO getroffen. Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll sie realisiert werden. Einige Probleme wurden jedoch nicht gelöst.

Seit 1991 war parallel mit der Erlassung eines neuen strategischen Konzeptes der Auftrag zur Überprüfung der militärischen Kommandostruktur ergangen. Straffung und damit Kostensenkung sowie Flexibilität waren die Hauptanliegen. Weiter sollten die Reintegration Frankreichs in den militärischen Verbund getroffen, die Gibraltar-Frage (Grossbritannien, Spanien) und damit die Einbindung Spaniens in die Kommandostruktur sowie das Ägäis-Problem (Griechenland, Türkei) gelöst werden.

Die politischen Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und den USA, Griechenland und der Türkei sowie Grossbritannien und Spanien konnten schliesslich nicht bereinigt werden, so dass einige Sachprobleme ungelöst blieben. Frankreich, das ausserhalb der Militärstruktur steht und auch nicht zum gemeinsamen Militärhaushalt beiträgt, jedoch die Führung im «Europa-Südkommando» übernehmen wollte, wird seine bisherige Position beibehalten: Mitwirkung im Militärausschuss und im Internationalen Militärstab (strategische Ebene), aber kein Engagement in den Bereichen darunter (keine Reintegration seiner Verbände).

Obwohl Griechenland und die Türkei im Vorfeld der Ministerberatungen ein bilaterales Abkommen zur Beruhigung der Lage abgeschlossen hatten, blieben die Gegensätze offen. Kompromisslösungen (jedes Land erhält ein subregionales Kommando) halfen über die Schwierigkeiten hinweg. Der Streit zwischen Grossbritannien und Spanien (Spanien fordert Autonomiestatus für Gibraltar, das seit 1830 britische Kronkolonie ist, etwa wie Katalonien) wurde ausgeklammert und zu einem bilateralen Problem erklärt. Somit konnte Spanien dennoch voll in die Militärkommandostruktur integriert werden.

Drei statt bisher vier Ebenen

In Zukunft wird es nur noch drei Kommando-Ebenen anstatt bisher vier geben: die strategische (SC = Strategic Commands), die regionale (RC = Regional Commands) und die subregionale (JSRC = Joint Subregional Commands) Ebene. Auf der subregionalen Ebene gibt es auch sogenannte «Component Commanders» (CC); das sind Teilstreitkräftekommanden (Luftstreitkräfte, Seestreitkräfte) ohne geo-

graphische Zuordnung, um flexibler sein zu können. Im Gegensatz zu bisher fällt in der Gesamtstruktur damit eine Ebene aus. Aus den 40 Kommanden der dritten und vierten Ebene werden voraussichtlich 13 werden. Auf der strategischen Ebene gibt es keine Änderungen. Auch in Zukunft wird es zwei strategische Hauptquartiere unter amerikanischer Führung geben: Das «Atlantik-Kommando» (Saclant) in Norfolk, USA, und das «Europa-Kommando» (Shape) in Mons, Belgien. Ebenfalls erhalten bleibt die dieser Ebene zuzuordnende amerikanisch-kanadische (US-CA) «Regionale Planungsgruppe».

Jedoch wurden die Grenzen flexibler gestaltet, um Übungs- und operative Tätigkeiten besser gestalten zu können. Im «Atlantik-Kommando» gibt es künftig keine Grenzen unterhalb der strategischen Kommando-Ebene, im «Europa-Kommando» keine mehr unterhalb der regionalen Kommando-Ebene.

Dem «Atlantik-Kommando» sind die Regionalkommanden (RC) «West» (RC Westlant) in Norfolk, Virginia (US), «Ost» (RC Eastlant) in Northwood (UK) und «Südost» (RC Southeast) in Lissabon (Portugal) nachgeordnet. Zwei Marine-Einsatzkommanden (Combatant Commands = Kampfkommando), Strikflant (Überwasserschiffe) und Subaclant (Unterwasserschiffe), beide mit Sitz des Hauptquartiers in Norfolk (US), werden vom strategischen Kommando direkt geführt.

Dem «Europa-Kommando» werden drei (bisher zwei) Regionalkommanden nachgeordnet «Nord» (RC North) mit Sitz in Brunssum (Niederlande) und «Süd» (RC South) mit Sitz in Neapel (Italien). Das Regionalkommando «Afnorthwest» (in High Wycombe, Grossbritannien) wurde aufgelöst, die bisherigen Regionalkommanden «North» und «Central» wurden zusammengelegt.

Auf der subregionalen Ebene sind dem «RC North» nachgeordnet: die Joint Subregionalen (JSRC) Kommanden: «JSRC N» (Nord), Sitz in Stavanger (Norwegen), «JSRC NE» (Nordost), Sitz in Karup (Dänemark), «JSR C» (Mitte), Sitz in Heidelberg (Deutschland); ebenso die Komponenten-Kommanden (CC) «CC Air», Sitz in Ramstein (Deutschland), «CC Nav», Sitz in Northwood (Grossbritannien).

Dem «RC South» unterstehen künftig die Joint Subregionalen (JSRC) Kommanden: «JSRC SW» (Südwest), Sitz in Madrid (Spanien), «JSRC S» (Süd), Sitz in Verona (Italien), «JSRD SC» (Mitte-Süd), Sitz in Larissa (Griechenland), «JSRC SE» (Südost), Sitz in Izmir (Türkei); ebenso die Komponenten-Kommanden, «CC Air» und «CC Nav», beide mit Sitz in Neapel (Italien).

«Combined Joint Task Forces (CJTF)»

Um den rein europäisch geführten Einsatz von NATO-Verbänden zu ermöglichen, werden flexible Teilstreitkräfte – überschreitende – alliierte Teilstreitkräftekommanden (CJTF HQ) gebildet. Bei SC Europe werden die «RC North» und «RC South» für die Abstellung von CJTF HQ («CJTF-Parent-HQ») verantwortlich sein. Die nachgeordneten JSRC haben entsprechende Kernelemente («CJTF-HQ-Nuklei») für den Bedarfsfall zu bilden. Die Stellvertreter des alliierten Oberbefehlshabers Europa (immer ein Europäer) hat die Planungsverantwortung für die WEU. Die strategische Leitung im Einsatzfall hätte dann die WEU, wobei natürlich NATO-Rat und die relevanten NATO-Gremien eingebunden bleiben werden.

Aussicht

Das Problem «Frankreich» wird in Zukunft nicht einfacher, sondern nur noch schwieriger zu lösen sein. Der Kampf um Einfluss wird weitergehen. Noch völlig unberücksichtigt musste bisher die künftige Zuordnung der neuen NATO-Länder Tschechien, Polen und Ungarn bleiben. Es könnte sich allerdings eine Zuordnung von Tschechien und Polen zu «RC North» und von Ungarn zu «RC South» abzeichnen. Mit dem Inkrafttreten der neuen Struktur ist spätestens ab 1999 zu rechnen. *-Rene-*



ÖSTERREICH

Will man das Bundesheer zertrümmern?

Nur mühsam konnte in der zweiten Hälfte des Monats Jänner ein Streit zum Thema Bundesheer in der

Bundesregierung geschlichtet werden. Linke Gruppierungen in der Sozialdemokratischen Partei hatten die Forderung erhoben, das Bundesheer in seiner Kriegsstärke zu halbieren. Der massive Protest aller anderen Parteien und des Offizierskorps liess diese Forderung schliesslich verstummen. Die Chefs der beiden Regierungsparteien (SP und VP) lehnten dann doch unisono die «Halbierungsidee» auch öffentlich ab. Nach einer Klausurtagung der SP-Parlamentarier hatte der dem linken Flügel der SPÖ zuzurechnende Obmann des Parlamentsklubs, Peter Kostelka, bei einer Pressekonferenz den weiteren «Abwurf von Ballast» beim Bundesheer verlangt, um «die Schlagkraft des Bundesheeres zu erhöhen». Die Pläne des Verteidigungsministers (siehe Heft 1/98) gingen ihm nicht weit genug. Der derzeitige Mobilmachungsrahmen von etwa 120 000 Mann müsse halbiert werden. Diese 60 000 Mann müssten für die Landesverteidigung völlig genügen, meinte er. Ausserdem sollte die Zahl der Kasernen auf ein Drittel des derzeitigen Standes vermindert und das Verteidigungsministerium total verkleinert werden. Er behauptete, dass Österreich eine etwa gleich hohe Zahl an Bundesheerkasernen unterhalte wie Deutschland und dass das österreichische Verteidigungsministerium sogar etwas grösser sei als das deutsche. Beide Behauptungen sind jedoch völlig unrichtig. Allein das deutsche Verteidigungsministerium (unmittelbare Zentralstelle) hat das Vierfache an Personen im Vergleich zum österreichischen. Doch es kam noch mehr Sonderbares zur Veröffentlichung: Man habe beschlossen – so Kostelka –, dass vorerst (bis zur Wahl 1999) nicht über die Draken-Ersatzflugzeuge entschieden werde. Die auch in der Öffentlichkeit von Verteidigungsminister und Generaltruppeninspektor seit geraumer Zeit erhobenen Forderungen, dass die Bundesregierung dringend über einen Nachersatz der überalterten und nun auslaufenden Flugzeuge entscheiden müsse, wurde damit einfach negiert. Kostelka hatte auch noch weitere Absichten: Man wolle das Verteidigungsbudget von sozialdemokratischer Seite noch mehr kürzen und dem Heer weitere 2000 Planstellen wegnehmen.

Geharnischte Proteste des Verteidigungsministeriums, der Offiziersvereinigungen sowie der Liberalen und Freiheitlichen liessen den Regierungschef, Bundeskanzler Klima, schliesslich einschreiten. Er besänftigte und meinte, von den «Halbierungsvorschlägen» halte er nichts.

Doch bestehe weitgehend Einvernehmen darüber, dass in einem Stufenplan etwa 2000 Planstellen durch Pensionierungen im Verteidigungsressort eingespart werden sollten. Die Absicht, derzeit keine Ersatzflugzeuge zu beschaffen, bestätigte der Bundeskanzler. Im übrigen verwies er auf die eingesetzte Arbeitsgruppe, die über die vom Verteidigungsminister beabsichtigte Reform entscheiden werde.

Bei einer Beurteilung der Frage des Nutzens des Streitens scheint klar zu werden: Obwohl es an Planstellen vor allem für jüngeres Personal mangelt, wird das Verteidigungsressort weitere 2000 Planstellen abgeben. Das Heer verliert wahrscheinlich seine Abgangsjäger ab dem Jahr 2002 wegen Fluguntauglichkeit und erhält keinen Ersatz. Die Verbändereduzierung wie sie Minister Fasslabend anstrebt, wird etwa in der beabsichtigten Form kommen, jedoch wird es Verschiebungen geben.

Der Leidensweg des österreichischen Bundesheeres wird unaufhaltsam fortgesetzt. Doch die Regierung spricht von «leistungsfähigem und effizientem» Heer. Die ärgsten Gegner wollen – wie zum Hohn – die «Schlagkraft des Bundesheeres» erhöhen: ein österreichisches Trauerspiel. *-Rene-*



SCHWEDEN

Réduit macht dicht

Die militärische Bedrohung Schwedens aus dem Osten ist weg. Jetzt wird die grösste Festung geschlossen.

Ein letztes Mal erteilt der Kommandant der Festung «Rödberg» im nordschwedischen Boden, Göran Honkamaa, am Silversterabend den «Feuer»-Befehl. Die darauffolgende Kanonensalve bedeutet das Ende des schwedischen Réduits. Über 90 Jahre

lang bildeten die riesigen unterirdischen Anlagen rund um den Eisenbahnknotenpunkt Boden, 1100 Kilometer nördlich von Stockholm, ein zentrales Element der schwedischen Verteidigungspolitik. Hier bewachten während des Ersten und Zweiten Weltkriegs mehrere tausend Mann die schwedische Goldreserve. Bis zu zwei Monate lang hätten die Militärs eine Belagerung aushalten können. Seit 1721, als die königlichen schwedischen Truppen südöstlich von Stockholm den letzten russischen Invasionsversuch gestoppt hatten, kam der potentielle Feind immer nur aus einer Himmelsrichtung – aus Osten.

Damit ist es nun aber ganz offiziell vorbei: «Die russische Invasionsflotte ist weggerostet», stellt der Chefstrategie der schwedischen Armee, Oberst Johan Kihl, fest und zieht den Schlusssatz: «Damit sind unsere Küstenartillerieanlagen, die Minenlinien und die U-Boot-Abwehr hinfällig geworden.» Weiter südlich im Land sind die Konsequenzen der neuen sicherheitspolitischen Lage noch deutlicher zu sehen: 1997 sind in Schweden kurzerhand mehrere Dutzend Kasernen geschlossen und Regimenter aufgelöst worden.

Trotz massiven Sparmassnahmen fehlen der Armeeführung aber bis zur Jahrtausendwende weitere zwei Milliarden Franken. Diese akute Finanzkrise soll mit einer Verkürzung der Wehrpflicht und einer Verlängerung der Mobilmachungsfrist gelindert werden. «Das reicht jedoch nicht aus», stellt die Tageszeitung «Dagens Nyheter» fest: «Unsere Armee ist zu gross und kostet zuviel.»

Oben ohne statt unter Wasser

Kaum noch Sinn machen in der heutigen Lage die High-Tech-Überwachungsanlagen entlang der Ostseeküste: Bis vor kurzem jagte die schwedische Marine vermeintliche Eindringlinge unter der Wasseroberfläche mit Bomben und Torpedos. Die von der militärischen Führung in diesem Zusammenhang veröffentlichten Tonbänder, welche die Existenz ausländischer U-Boote beweisen sollten, haben sich allerdings als akustische Spuren tauchender Nerze erwiesen. Und statt des nichtexistierenden Feindes fotografierten Sondertruppen der schwedischen U-Boot-Abwehr in den vergangenen Sommersaisons oben ohne badende Mitbürgerinnen. Mit diesen «Geheimbildern» betrieben die Soldaten Handel – und besserten so den eigenen Sold auf.

Tagesanzeiger, 31. 12. 97

LITERATUR

Wilhelm Dietl

Staatsaffäre

Hinter den Kulissen der Geheimdienste

1997, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, ISBN 3-421-05067-8, 336 Seiten, SFr. 37.–

Wenn sich einige unter uns heute noch an die Verhaftung des libanesischen Luftpiraten Mohammed Hamadi 1987 auf dem Flughafen Frankfurt erinnern, dann sicher auch an die darauffolgenden Anschläge auf deutsche Techniker. Der Hoechst-Verehrer Rudolf Cordes und der Siemens-Techniker Alfred Schmid wurden entführt, fünf weitere Deutsche als Geiseln genommen. Die deutschen Behörden waren gezwungen, mit den Terroristen zu verhandeln. Auch ein umstrittener Privatdetektiv namens Werner Mauss kam auf der Seite der Deutschen ins Spiel. Arabische und iranische Mittelsmänner mussten angeworben werden. Mit vielen von ihnen hat der Autor persönlich gesprochen. Bis in Einzelheiten wird die Tätigkeit der Geheimdienste beschrieben. Diese sahen sich mit der bisher grössten Herausforderung durch den internationalen Terrorismus konfrontiert. Das Buch mit seinen 20 Kapiteln, 4 Anhängen (Chronologie, Literatur und Personenregister), 15 Kurzbiographien und einer grossen Zahl von Bildern ist spannend aufgebaut und übersichtlich eingeteilt. Mehr noch: Es sticht aus zahlreichen anderen Büchern dieser Kategorie heraus. Es trägt den Stempel der Wahrheit.

H. Amstutz

Jost Dülffer, Martin Kröger, Rolf-Harald Wippich

Vermiedene Kriege

Deeskalation von Konflikten der Grossmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg (1856–1914)

1997, München, R. Oldenbourg Verlag GmbH ISBN 3-486-56276-2, 717 Seiten, DM 98.–

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer mehrjährigen Forschungsarbeit, welche von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde, unterstützt und herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Eine beeindruckende Gruppenarbeit mit vielseitiger und grundlegender Beweisführung, dargestellt und erläutert in 33 Fallstudien.

Eine mehrseitige und sehr sachdienliche Einführung «Vermiedene Kriege im internationalen Mächtesystem» erklärt die vorliegenden Untersuchungen und hält fest: «Es ging allein um die Frage des Krieges zwischen Grossmächten: Wann drohte ein solcher? Wann wurde er unter welchen Umständen vermieden?» Soweit die Abgrenzung zu den inter-

nationalen Beziehungen zwischen 1856 und 1914. Dazu auch die Auslegung, wodurch sich eine Grossmacht im 19. Jahrhundert auszeichnete. Jeder Fallstudie wurden konfliktbestimmende Elemente vorgelegt, dann folgt eine diplomatische Rekonstruktion, anschliessend die Eskalationsphase einer Krise, später der Krisenhöhepunkt, die Perzeption von Kriegsgefahr und schliesslich die Deeskalation einer solchen Krise.

Diese historische Studie unterscheidet sich von vielen politologischen Ansätzen, welche das Krisenverhalten von Staaten thematisierten, allerdings aber oft auf zu geringe Verwertung empirischer Daten achteten. Fortlaufende Fussnoten weisen auf die zahlreich bearbeitete Dokumentation hin. Ein mehrseitiges Verzeichnis der zitierten Literatur dient als Ergänzung beim Studium dieser ausserordentlichen und anspruchsvollen wissenschaftlichen Forschungsarbeit. Die Erforschung der «Vermiedenen Kriege» vor 1914 belegt, «dass die Menschen im Vergleich zu heute ein anderes Bewusstsein von Kriegsgefahr hatten».

R. Krähenbühl

Briefe an den Redaktor



EINE AUFGABE FÜR BUNDES RAT UND PARLAMENT

Sehr geehrter Herr Hungerbühler

Zum Skandal um den BBC-Film «Nazigold und Judengeld»

Gedanken eines Beschwerdeführers gegen die SRG

Am Jahresende wurde bekannt, dass die Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) der SRG alle Beschwerden gegen TV DRS im Zusammenhang mit dem BBC-Film «Nazigold und Judengeld» abgewiesen hat. Das bedeutet, dass die Öffentlichkeit nie erfährt, ob nur Fahrlässigkeit und lausige Führung bei TV DRS zum Debakel führten oder ob gar eine vorsätzliche Schädigung der Eidgenossenschaft im Spiel war. Bevor die schuldhafte Mitwirkung von TV DRS in Vergessenheit gerät und nur noch der schwer geschädigte Ruf der Schweiz übrig bleibt, soll hier versucht werden, die Konsequenzen aus dem Skandal zu ziehen.

Bundesrat, UBI und im nachhinein auch die meisten Mitwirkenden von TV DRS sind sich einig, dass der BBC-Film (Zitate) «der Schweiz durch seine tendenziöse Dramaturgie enormen politischen Schaden zugefügt hat (BR Leuenberger) ... der Film für sich allein dem Sachgerechtigkeitsgebot des RTVG nicht genügt (UBI) ... die gewählte Form den Film zu einem demagogischen Werk macht (UBI) ... es ein polemisches Machwerk ist (wir haben leider den Braten zu spät gerochen, meinte Chefredaktor Studer) usw.» Nur der von TV DRS eingesetzte und bezahlte Historiker Peter Kamber (Zitat) «... wollte sich auf keinen Fall von diesem Film distanzieren», was die Vermutung zulässt, er habe der Schweiz durch seine Mitarbeit vorsätzlich schaden wollen.

Jeder brave Zahler der SRG-Fernsehgebühren und selbst Bundesrat lic. iur. Leuenberger waren der Meinung, dass die SRG-Beschwerdeinstanz sich mit der Frage befassen müsste, wie die Fehlleistung bei TV DRS im einzelnen zustande kam und ob dadurch die Konzession verletzt worden sei. Bei einer Konzessionsverletzung hatte Herr Leuenberger aufsichtsrechtliche Massnahmen, also Sanktionen, in Aussicht gestellt. Es kam aber nicht soweit. Die UBI stellte nämlich folgendes fest (Zitate aus dem UBI-Entscheid):

«...Soweit sich die Rügen des Beschwerdeführers auf die Beteiligung der SRG bei der Konzeption und der Realisierung des Dokumentarfilmes beziehen, tritt die UBI darauf nicht ein. Die UBI hat Beschwerden gegen ausgestrahlte Radio- und Fernsehsendungen schweizerischer Veranstalter auf ihre Vereinbarkeit mit dem Programmrecht zu beurteilen und gegebenenfalls Rechtsverletzungen festzustellen. Hinsichtlich der Art und Weise des Zustandekommens einer Sendung verfügt die

UBI hingegen über keine Kompetenzen zur Beantwortung entsprechender Fragen.

... Die UBI bedauert die Art und Weise des Zustandekommens des BBC-Dokumentarfilmes, der in einigen Ländern bereits unkommentiert ausgestrahlt worden ist beziehungsweise noch ausgestrahlt wird. Bedenklich ist vorab, dass die SRG als Koproduzent Mitverantwortung trägt. Die Koproduzenteneigenschaft der SRG spielt für die programmrechtliche Prüfung jedoch keine Rolle. Es ist daher nicht Aufgabe der UBI, die Nachlässigkeiten der SRG bei der Produktion des Films über ein so brisantes Thema rechtlich zu beurteilen. Dafür sind andere Instanzen zuständig, welche teilweise bereits Konsequenzen gezogen haben.»

Diese Konsequenzen bestanden darin (Zitat) ... «dass es zwar nicht zu Entlassungen komme, doch werde der Fall Folgen bei der Mitarbeiterqualifikation und beim Lohn haben». Weitere Einzelheiten wurden der Öffentlichkeit vorenthalten; die entsprechenden Dokumente wurden von der UBI auf Anraten der SRG auch nicht an die Beschwerdeführer weitergegeben. Auch der TV DRS-Regionalrat gab sich als höchstes Aufsichtsorgan mit den von der SRG gezogenen Konsequenzen zufrieden und lehnte eine von Ständerat Reimann beantragte unabhängige Untersuchungskommission ab. Bei der jetzigen Organisationsform der SRG scheint der Bundesrat selbst bei derart gravierenden Fehlern nicht einschreiten zu können, und den Regionalrat interessiert es in seiner heutigen Zusammensetzung nicht, wie die skandalöse Leistung bei TV DRS im einzelnen zustande kam. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Richter doch noch mit der Schandtat befassen müssen, sei es im Zusammenhang mit der gegen BBC-Regisseur Olgiati und die TV DRS-Redaktoren Studer, Honegger und Buomberger laufenden Strafklage, sei es bei einer Beurteilung des UBI-Entscheides durch das Bundesgericht.

Die Fehlleistung der SRG hat der Schweiz einen nicht zu überbietenden Schaden zugefügt. Man hat sich dafür entschuldigt, die Frage nach vorsätzlicher Tat oder Unterlassung oder eben Unfähigkeit wurde nicht gestellt. Es wurden ein paar Taten ausgeteilt. Es darf doch einfach nicht sein, dass ein vom Schweizervolk konzessioniertes und zwangsfinanziertes Milliardenunternehmen ungestraft unermessliche Schäden produzieren kann. Es kommt ja noch dazu, dass es sich um das Medienunternehmen mit der grössten politischen Macht handelt. Der Skandal mit dem BBC-Film hat bewiesen, dass die Aufsicht über diesen Machtapparat völlig ungenügend ist; Bundesrat und Parlament müssen die erforderliche Reorganisation der SRG mit höchster Priorität anpacken.

Georg Krause, Schaffhausen